

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wily. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 95

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Freitag, den 24. April

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Freitag abend werden Ansprachen der Präsidialkandidaten von Hindenburg und Marx durch Rundfunk verbreitet.

* Im Leipziger Tschekaprozess wurde das Urteil gesprochen. Die drei Hauptangeklagten wurden zum Tode verurteilt, die andern erhielten teilweise schwere Zuchthausstrafen.

* Im Berliner Gerichtsgefängnis Moabit traten 50 verhaftete Kommunisten in den Hungerstreik ein.

* In Bulgarien ist eine neue Verschwörung, und zwar von Offizieren, aufgedeckt worden. Zahlreiche Offiziere wurden verhaftet.

* Ein Mordkomplott gegen den japanischen Ministerpräsidenten wurde entdeckt.

Painlevés Regierungsprogramm.

Dem neuen Kabinett Painlevé sprach die französische Kammer ihr Vertrauen mit 304 gegen 218 Stimmen aus.

Die französische Deputiertenkammer sah am Dienstag heftige Lärmjahren, als der neue französische Ministerpräsident Painlevé sein Regierungsprogramm vorlas. Der Grund dafür war Caillaux. Daß dieser Mann auf der Ministerbank saß, führte den schärfsten Protest der Rechten herbei. Nur macht er sich nichts daraus. Und die Regierung selbst scheint auch gar nicht nach den Wünschen der Rechten zu sein, weil sie die üblichen Angriffe auf Deutschland zwar nicht ganz vermeidet, aber doch nicht so stark aufträgt, wie das bei Poincaré der Fall war und Herriot es sich allmählich angewöhnt hatte.

Aber die französische Außenpolitik enthält die Regierungserklärung kaum etwas Neues, wenn man den Wunsch der Ausgestaltung des Dawes-Planes nicht als neu bezeichnen will. Die französische Erklärung ist in diesem Punkte etwas unklar; man weiß nicht, was man unter dieser Ausgestaltung des Dawes-Planes verstehen soll.

Friede und Sicherheit in der Achtung und Aufrechterhaltung der Verträge seien das Ziel der französischen Außenpolitik, — das würde in sich schließen, daß man die Verpflichtungen, die Frankreich in London übernommen worden, nun auch für bindend hält! Aber es ist lediglich eine kleine Verbeugung vor Amerika, wenn man eine Regelung der internationalen Schulden zwar anstreben will, es aber in dieser offiziellen Regierungserklärung vermeidet, von einer — Begleichung dieser Schulden zu sprechen.

In den Pfaden Herriots bewegen sich die Ausführungen über das Hauptproblem der Tagespolitik, nämlich über die Verhandlungen wegen des Sicherheitsabkommens. Die drei in sich zusammenhängenden Bedingungen, von denen die Erklärung spricht, nämlich Sicherheit, Schiedsgericht und Entwaffnung, sind immer und immer wieder bereits von dem Vorgänger Painlevés, Herriot, als die Zielpunkte der französischen Außenpolitik auf dem europäischen Kontinent bezeichnet worden. Und ebenso deutlich knüpft Painlevé an seinen Vorgänger an, wenn er an das Genfer Protokoll erinnert, durch das diese drei Wünsche Frankreichs erfüllt worden wären. Es ist überhaupt auffallend, wie stark Painlevé den Bollen und in den Vordergrund schiebt, wie er diese Institution als besonders geeignet preist, die Veröhnung Europas vorzubereiten. Im übrigen ist aber auch hierüber, wie überhaupt hinsichtlich der ganzen Politik Frankreichs die Regierungserklärung von einer bemerkenswerten Dürftigkeit. Schließlich hat es Painlevé auch nicht notwendig, sich des näheren darüber zu äußern, weil er sich eben als Fortsetzer der Politik Herriots fühlt.

Aber auch sonst, auch über die inneren französischen Fragen wagt die Regierungserklärung eine überraschende Zurückhaltung. Energisch ist sie nur in der Fortsetzung der Kirchenpolitik Herriots; das unbedingte Festhalten an der Kirchengesetzgebung wird versprochen und gleichzeitig der deutlichen Drohung Ausdruck gegeben, man werde dieser Gesetzgebung Respekt zu verschaffen wissen. Nach dieser Verbeugung nach der Linken folgt aber auch wieder eine halbe Verbeugung vor der Rechten, durch den Zusatz, man werde dabei ebensoviele Maßnahmen wie Festigkeit anwenden. Diese Mäßigung will die Regierung auch bei der Regelung der verfassungsrechtlichen Stellung Elsaß-Lothringens zur Anwendung bringen. Abgesehen davon, daß Painlevés Regierungserklärung bei der Erwähnung dieser Frage in nationalen Tönen schwelgt und es als Ziel der gemeinsamen Arbeit Elsaß-Lothringens und Frankreichs bezeichnet, „mit Hilfe der Zeit die Spuren der schmerzlichen Trennung während eines halben Jahrhunderts zu verwischen“.

Die brennendste Frage der Innenpolitik ist aber natürlich das Problem der französischen Finanzen. Es wäre allerdings ein Bruch mit dem bisherigen parlamentarischen Brauch in Frankreich, wenn die Regierung ein Jahresbudget vorlegen und sich bewilligen lassen würde, ein Budget, das natürlich in Einnahmen und Ausgaben balancieren soll. Wie sich die Regierung das denkt, darüber — schweigt sie sich aus, begnügt sich allein mit dem Ziel, durch steuerliche Maßnahmen diese Balancierung des Budgets herbeizuführen. Die Balancierung ist aber auch — und das wird Amerika nicht gerade sehr gern hören — die Voraussetzung für die Bereitwilligkeit Frankreichs, allmählich an die Tilgung seiner Schulden heranzugehen, deren Last geradezu unerträglich sei. Man sieht also, daß Painlevé entschlossen scheint, auch hierin an der bisherigen französischen Politik festzuhalten, d. h. also, sämtliche staatlichen Bedürfnisse Frankreichs, vor allem natürlich die militärische Rüstung zu befriedigen und an die Bezahlung seiner Schulden erst dann heranzugehen, wenn auf der Einnahmeseite sich wirklich ein Überschuss herausstellen sollte. Das ist allerdings bisher noch niemals eintreten.

Drei Todesurteile in Leipzig.

Ende des Tschekaprozesses.

§ Leipzig, 22. April.

Der Präsident des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik verkündete heute nach dreistündiger Begründung das Urteil im Kommunistenprozeß. Es werden verurteilt: Neumann zum Tode und acht Jahren Zuchthaus, Boege zum Tode und sieben Jahren Zuchthaus, Stoblewski zum Tode und zwölf Jahren Zuchthaus, Margies zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, Szon zu acht Jahren Zuchthaus, Mayer zu sechs Jahren Zuchthaus, König zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus, Diener zu fünf Jahren Zuchthaus, Meus zu drei Jahren Zuchthaus, Mörsner zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus, Kule zu zwei Jahren neun Monaten Gefängnis, Gallup zu zwei Jahren Gefängnis, Jntorf zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Kulis zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, Lesniffe zu einem Jahr Gefängnis, Frau Lesniffe zu sechs Monaten Gefängnis.

Vor dem Gerichtssaal hatten sich große Menschenansammlungen gebildet, die sich zum Teil aber verließen, als der Urteilspruch viel länger als angenommen, auf sich warten ließ.

Die Angeklagten nahmen das Urteil mit dem Hoch auf die Internationale auf und einige Zuschauer warfen den Angeklagten rote Ketten zu. Als die Angeklagten aus dem Saal geführt wurden, riefen sie dauernd: „Heil Moskaut! Auf Wiedersehen, ihr Genossen!“ Diese Rufe wurden von einigen Zuschauern lebhaft erwidert, so daß die Gerichtsbehörde verkünden lassen mußte, daß in Wiederholungsfällen die betreffenden Zuschauer in Haft genommen werden müßten. Diese ließen sich jedoch durch dieses Verbot zum Teil wenigstens nicht beirren, und so mußte einer von den Zuschauern sofort in Haft genommen werden.

Aus der Urteilsbegründung

Ist hervorzuheben die Feststellung des Gerichts, nach der die Kommunistische Partei Deutschlands nur eine Sektion der kommunistischen Internationale mit dem Sitz in Rußland ist. Die russischen Weisungen sind für alle Sektionen verbindlich und werden von ihnen befolgt. Die Grundidee ist, alle monarchischen oder parlamentarischen Regierungen zu stürzen und Räteregierungen nach dem Beispiel der Sowjets an ihre Stelle zu setzen. Dazu sollen alle Mittel, auch die der Gewalt, angewendet werden. Abgesandte der Internationale sollen in den einzelnen Sektionen tätig sein. So geschah es auch in Deutschland. Auf russische Weisung und auf eigenen Entschluß

Die Aufnahme der Regierungserklärung war in der Kammer eine nicht gerade begeisterte, abgesehen davon natürlich, daß die Rechte unter großem Lärm demonstrierte. Vielleicht werden die Gerichte doch recht behalten, die dem Kabinett Painlevé nur eine kurze Lebenszeit prophezeien, weil die dringendste und drängendste Frage der französischen Innenpolitik, nämlich die Finanzfrage, eine stärkere und entschieden zugreifende Hand verlangt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Höfles Beisehung.

Die Beisehung des verstorbenen Reichspostministers a. D. Dr. Höfle findet am Donnerstag nachmittag statt. Unter den ersten Beileidskundgebungen befinden sich solche seines Amtsnachfolgers, des Reichspostministers Dr. Stöcker, und der Witwe des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert neben denen zahlreicher politischer Persönlichkeiten des ganzen Reiches.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Die Tagesordnung für die nächste Vollsession des Deutschen Reichstages, die am Dienstag, den 28. April stattfindet, liegt jetzt vor. Es soll zunächst die zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes beim Etat des Reichspostministeriums fortgesetzt werden. Ferner steht die zweite Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurfes über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte auf der Tagesordnung. Der Haushaltsplan des Reichstages nimmt seine Arbeiten gleichfalls am Dienstag wieder auf. Er will in die Vorsehung der von der Regierung angeforderten Ämter eintreten.

Für Auflösung des Oldenburgischen Landtages.

In der Sitzung des Staatsgerichtshofes für den Freistaat Oldenburg wurde unter Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Tenge in bezug auf den Verfassungskonflikt zwischen Regierung und Landtag folgende Entscheidung gefällt: Es wird festgestellt, daß die Auflösung des Landtages durch die Erklärung in der Sitzung des Landtages vom 25. März 1925 verfassungsgemäß zulässig war. Eine Begründung zu dieser Entscheidung steht noch aus. Die Verhandlungen wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Es bleibt also dabei, daß, wie die oldenburgische Regierung bereits geplant hat, die Neuwahlen zum Landtag am 24. Mai stattfinden werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Preussische Landtag tritt am Dienstag, den 28. April, zu einer Vollsession zusammen. Auf der Tages-

ist die Kommunistische Partei Deutschlands im September 1923 dazu übergegangen, das Ziel des Sturzes der deutschen Regierung unmittelbar zu betreiben. Dadurch entwickelte sich die Kommunistische Partei Deutschlands zu einer staatsfeindlichen Verbindung mit dem Zweck, die republikanische Verfassung zu untergraben. Das Verbot der kommunistischen Partei Deutschlands vom 20. November 1923 veranlaßte sie nicht, ihre Pläne aufzugeben. Sie wurde vielmehr lediglich von einer staatsfeindlichen offenen zu einer geheimen Verbindung im gleichen Sinne. Jeder, der für sie arbeitete, machte sich strafbar gegen das Gesetz zum Schutze der Republik. Die Verhandlung hat alle diese Dinge bestätigt und den Einwand der Kommunisten widerlegt, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, mit Gewalt ihre Ziele zu fördern. Der Einwand der Verteidigung, die Verfassung sei schon vorher von rechtspolitischer Seite durchlöcher worden und es habe eine faschistische Gefahr bestanden, konnte nicht aufrechterhalten werden. Allerdings hat die K. P. D. mit der faschistischen Gefahr gerechnet, aber darüber hinaus wollte sie ihre Ziele verfolgen und die Räterepublik aufrichten. Die Behauptung der Verteidigung, die Möglichkeit für den Nachweis der faschistischen Bedrohung sei verhindert worden, ist irreführend. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Das Gericht hat das Bestehen der faschistischen Gefahr und den guten Glauben der Angeklagten, dagegen zu kämpfen, als wahr unterstellt. Damit war den Urträgen genügt. Es ist Tatsache, daß 1923 eine Kommission in Berlin begründet wurde unter dem Namen „Revolutionssomitee“. Diese wurde von der Zentrale der K. P. D. und aus Rußland unterstützt. In allen Bezirken Deutschlands wurden Revolutionssomitees begründet und mit Dollarsummen, die aus Rußland kamen, unterstützt. Gemeinsame Vorsehungen mit der Zentrale der K. P. D. und dem Revolutionssomitee fanden in der Russischen Botschaft zu Berlin statt. Bearbeitet dabei wurden Mobilmachungen, Befehle zur Revolution, Aufrufe und militärische Operationspläne zur Durchführung der Revolution. Zu gleicher Zeit wurde nach russischem Vorbild die Tscheka begründet. Sie bestand aus Terrorgruppen mit der Aufgabe, Spitzel und hervorragende Persönlichkeiten zu vernichten, die man den Zwecken der Partei für gefährlich hielt. Der oft erwähnte „Helmut“ ist persönlich gleich mit dem Angeklagten Stoblewski. Der Angeklagte Neumann wurde durch ihn mit den Aufgaben der Tscheka bekannt. Er erhielt russisches Geld. Die Tscheka war ausreichend mit Waffen versehen. Die Urteilsbegründung konstatiert weiter das Vorhandensein der Hungertypusbasillen, der Kraftwagen, der Paffsälzerzentrale und der Verabredungen zur Erledigung Seefis und der Industriellen Stimmes und Vorsig. Sie geht dann im weiteren auf die aus dem Prozeß bekannten Einzelheiten ein und kommt zu dem Schluß, daß aus allen diesen Gründen die oben mitgeteilten Urteilsprüche gerechtfertigt seien.

Ordnung steht an erster Stelle die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Saarbrücken. Nach der Saarbrücker Zeitung hat die Regierungskommission an die ihr unterstellten Landräte ein Verbot gerichtet, sich an den Veranstaltungen zur Jahrtausendfeier der Rheinlande, die auch im Saargebiet eindrucksvoll begangen werden soll, zu beteiligen.

Paris. Wie aus Madrid gemeldet wird, glaubt die spanische Polizei einem Komplott gegen Primo de Rivera auf die Spur gekommen zu sein. Das Zentrum dieses Komplotts soll in Malaga entdeckt worden sein. Eine Reihe von Verhaftungen soll bevorstehen.

Paris. Die Antikündigung der Regierungserklärung, daß die Gesandtschaft beim Vatikan wieder eingerichtet werden soll, geht auf einen Kabinettsbeschluss zurück, der kurz vor der Eröffnung der Kammer gefaßt wurde.

Newyork. In Tokio wurde eine Verschwörung zur Ermordung des Premierministers Kato aufgedeckt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Polizei zerstreute nach heftigen Kämpfen kommunistische Ansammlungen, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

Beratungen über den Steuerausgleich.

Das Ergebnis der Finanzministerkonferenz.

In einer Konferenz, die vom preussischen Finanzminister Höppler-Mosch zur Festlegung der Stellung der Länder zu den Finanzvorlagen der Reichsregierung einberufen worden war, einigten sich die Finanzminister der Einzelländer darauf, 90 % von der Einkommen- und Körperschaftsteuer und 30 % von der Umsatzsteuer zu verlangen. Die Reichsregierung will bekanntlich von der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur 75 % und von der Umsatzsteuer ab 1. April 1926 nur 20 % gewähren.

Die Konferenz der Finanzminister hat die bisherigen Abstimmungen der Reichsausschüsse gebilligt, wonach eine allgemeine Hypothekenaufwertung auf 20 % erfolgen soll, und die komplizierte Bewertungsgrundlage der Vorlage der Reichsregierung für eine 10 %ige Aufwertung der erfolglichen Hypotheken abgelehnt. Obwohl Bayern mit einer höheren Aufwertung der öffentlichen Anleihen sympathisiert, hat die Mehrheit der Finanzminister keine erheblichen Einwendungen gegen den Gesetzesentwurf über die Ablösung der öffentlichen Anleihen erhoben.

Vom Wahlkampf.

† Hindenburg spricht in Hannover. Im Kuppelsaal zu Hannover hielt Staatsminister a. D. Hergt eine Rede für die Wahl Hindenburgs, den Deutschland gebrauche als getreuen Eckart, der eingreifen solle, wenn die Not am größten sei. Nachdem noch einige andere Redner

im gleichen Sinne gesprochen hatten, erschien Feldmarschall v. Hindenburg selbst und richtete eine Ansprache an die Versammelten. Er dankte den Erschienenen für ihr Vertrauen und fuhr fort: „Sollte ich gewählt werden, so werde ich, wie so oft in meinem Leben, meine Pflicht und Schuldigkeit tun. Aber sollte ich nicht gewählt werden, so bitte ich Sie, mit mir ebenso unermüdlich dahin zu wirken, daß Einheit und Recht und Freiheit in unserem deutschen Vaterlande wieder heimisch werden. Und so fordere ich Sie denn auf, diesen Willen dadurch zu bekräftigen, daß Sie mit mir einstimmen in den Ruf: „Unser teures deutsches Vaterland, es lebe hoch!“

† Für die Kandidatur Hindenburg sprach in München Großadmiral v. Tirpitz im Löwenbräukeller und im Hofbräuhaus. Herr v. Tirpitz führte aus, in erster Linie sei die Erhaltung der Reichseinheit notwendig, nicht im unitarischen Sinne der Weimarer Verfassung, sondern im tiefsten Sinne Bismarcks. Die internationale Richtung, die Marx mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie vertrete, führe nicht zu der Erneuerung Deutschlands, sondern zur Auflösung. Die Entscheidung für Hindenburg würde die Stellung Deutschlands in der Welt mit einem Schlag ändern, denn der Beweis wäre erbracht, daß die Kräfte, die in Deutschland noch gesund geblieben sind, wieder die Oberhand bekommen haben.

† Marx in Koblenz. Der auf seiner Wahlreise in Koblenz eingetroffene Kandidat des Volksblocks sprach in der Festhalle, die wegen Überfüllung gesperrt war. Marx führte aus, wenn jemals ein Gebietsteil des deutschen Vaterlandes seine nationale Treue bewiesen habe, so seien es die besetzten Gebiete, so sei es das Rheinland. Rheinische Treue sei deutsche Treue! Das deutsche Volk, das rheinische Volk wolle den Frieden Deutschlands, Europas und der Welt. Es wolle für den Frieden arbeiten und in friedlicher Arbeit für die Wohlfahrt Deutschlands, Europas und der Welt schaffen. Mit der rheinischen Bevölkerung erwarte er, der Redner, daß in kürzester Zeit nicht nur die nördliche Rheinlandzone, sondern auch das Ruhrgebiet von der Befassung befreit werden. Es gebe Kräfte, führte Marx dann weiter aus, die den Versuch unternehmen wollen, die Weimarer Verfassung zu ändern. Gegen alle derartigen Versuche werde das deutsche Volk sich zu wehren wissen. Es sei durchaus irrig, wenn man glaubt, daß er sich von einseitigen konfessionellen Tendenzen leiten lasse. Nach seiner Anschauung könne jeder im demokratischen Staat nach seiner Fassung tätig werden. Es komme vor allem darauf an, daß das deutsche Volk auf dem Boden der Verfassung stünde und am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes mitarbeite. — Von Koblenz begab sich Marx nach Remscheid und Mannheim.

† Leicht für Marx. Nach einem Bericht des „Vorwärts“ sprach sich der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, Domkapitular Leicht in Bamberg, in einer Versammlung vor Parteimitgliedern Oberfrankens im Kasino zu Bamberg für Unterstützung der Wahl von Marx aus. Die Versammlung wurde geschlossen mit der Feststellung, daß für einen Katholiken die Gewissensbedenken, einem Manne wie Marx das Vertrauen zu versagen, größer sind als die Nichtinhaltung der nur empfohlenen Parteidisziplin.

† Präsidentenwahl und Reichstanzler. Nach Pressemitteilungen sollte der Zentrumsgesandte Jooß in einer Versammlung in München einen angeblichen Ausdruck des Reichstanzlers Dr. Luther mitgeteilt haben, daß, „wer Verwicklungen mit dem Auslande aus dem Wege gehen will, Marx wählen muß“. Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß Reichstanzler Dr. Luther, wie bereits einmal anlässlich des gegenwärtigen Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten dargelegt worden ist, es vermieden hat, zu den bestehenden Einzelkandidaturen als solchen Stellung zu nehmen. Diese Haltung hat Reichstanzler Dr. Luther nicht aufgegeben und folgegemäß eine solche Äußerung niemals getan.

† Hitler darf auch ferner in Bayern nicht reden. Der bayerische Ministerrat hat sich mit der Frage des Redeverbotes für Adolf Hitler beschäftigt. Der Ministerrat hat sich, obwohl dem Vernehmen nach Justizminister Dr. Gütler für die Aufhebung des Verbotes eintrat, nicht entschließen können, Adolf Hitler die Redefreiheit zu gewähren. Gleichzeitig erfährt man, daß einer für die nächsten Tage geplanten nationalsozialistischen Massenversammlung und deren Plakatierung die polizeiliche Genehmigung verweigert wurde.

† Die Kandidaten reden im Rundfunk. Der Kandidat des Volksblocks, Feldmarschall von Hindenburg, wird Freitagabend von 8—8½ Uhr durch Rundfunk von Hannover aus sprechen, der Kandidat des Volksblocks, Wilhelm Marx, ebenfalls Freitagabend von 9¼—9½ Uhr von Nürnberg aus.

Jeder ist verpflichtet, zu wählen!

Nicht durch das Gesetz, aber durch seine Eigenschaft als deutscher Reichsangehöriger und als Glied des Volkes. Wer das Wahlrecht besitzt und es nicht ausübt, verläßt sich am Vaterlande, an seiner Familie und an sich selbst. Es ist unwürdig, zu Hause zu bleiben, wenn eine solche Entscheidung zu treffen ist, wie bei der bevorstehenden Präsidentenwahl am nächsten Sonntag. Der Mann, der für sieben Jahre an der Spitze des Reiches als Repräsentant des Volkswillens stehen wird, soll berufen werden. Wer da nicht tritt, wer sich aus nichtigen Gründen beiseitebrückt, sein verfassungsmäßiges Recht nicht ausübt, verliert den Anspruch auf die Schätzung seiner Person als Mitglied der Staatsgemeinschaft, verliert jede Berechtigung, in Zukunft sich zu beklagen, wenn die Entwicklung in Deutschland ihm nicht gefällt und eine andere Richtung einschlägt, als wie er sie wünscht. Deshalb gehe jeder Wähler und jede Wählerin am Sonntag

rechtzeitig zur Wahl!

nover aus sprechen, der Kandidat des Volksblocks, Wilhelm Marx, ebenfalls Freitagabend von 9¼—9½ Uhr von Nürnberg aus.

† Das Wahlrecht der politischen Gefangenen. Nach der Bekanntmachung der Rheinlandkommission ist der Erlass des preussischen Ministers des Innern vom 4. April 1925 über das Stimmrecht der politischen Gefangenen beim zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl im besetzten Gebiet genehmigt worden.

Militärdiktatur in Bulgarien.

Aufdeckung einer neuen Verschwörung.

Die Militärpartei in Bulgarien hat nach den letzten Nachrichten die Macht nunmehr völlig an sich gerissen. Die Regierung und der König sollen jeder Macht entbunden sein. Andere Nachrichten wollen sogar wissen, daß der König interniert worden ist. Dem König sei es verboten, die Stadt oder das Land zu verlassen. Man gestatte ihm nicht einmal Audienzen zu erteilen. Der König fordere nämlich, daß die Regierung durch Einbeziehung der gemäßigten oppositionellen Elemente ergänzt werde, was aber General Bazarow, der Führer der Militärpartei, nicht zugeben wollte. Um den König nun am selbständigen Handeln zu verhindern, habe man ihn interniert.

Inzwischen soll auch eine neue Verschwörung entdeckt worden sein, in die viele aktive Offiziere der bulgarischen Armee verwickelt sind. Eine große Anzahl dieser Offiziere ist verhaftet worden. Über die Verhaftungen und Hinrichtungen lehnen die Behörden jede Mitteilung ab. Nach zuverlässigen Meldungen sollen bereits 2000 Personen verhaftet worden sein.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 24. April 1925.

□ Krankheitsfurcht. Bei vielen Menschen finden wir eine ausgesprochene Furcht vor Krankheiten überhaupt oder vor gewissen Krankheiten. Eine derartige Krankheitsfurcht besteht bei gewissen Geisteskrankheiten, ist pathologisch und wird bei der Befprechung der Geisteskrankheiten berücksichtigt. Sonst ist die Ursache der Krankheitsfurcht eine verschiedene. Begreiflich ist, daß Personen, in deren Familie gewisse Krankheiten vorgekommen sind, besonders wenn deren Erblichkeit bekannt ist, sich vor den betreffenden Krankheiten fürchten. Wir sehen daher, daß viele Menschen sich fürchten, an Lungenschwindsucht, Nieren- und Geisteskrankheit sowie an Krebs zu erkranken. Genaue ärztliche Untersuchung kann hier den Krankheits-

Verdacht ausschließen und so zur Beruhigung führen. Ebenso ist es begreiflich, daß bei Epidemien viele Menschen Furcht vor Erkrankung haben. Da wir aber heute gegen die Erkrankungen an fast allen epidemischen Krankheiten sichere Vorbeugungsmittel haben, genügt es, wenn man sich im Epidemiefalle den ärztlichen Vorschriften entsprechend verhält, um gesund zu bleiben. Endlich finden wir bei Personen, die hypochondrisch veranlagt sind und die ihre eigene Persönlichkeit weit über Gebühr in den Mittelpunkt stellen, häufig Krankheitsfurcht, die sich aber nicht auf bestimmte Krankheiten oder Gelegenheiten beschränkt, sondern in ihrem Objekt stets abwechselt. Jede Krankheit, von der eine solche Person hört oder liest, weist sie in ganz bestimmten, unzweideutigen Symptomen bei sich nach, um im nächsten Augenblick wieder andere Krankheiten, oft mehrere gleichzeitig, zu haben. Die Suggestion durch andere und durch sich selbst ist bei solchen Personen mächtig. Durch genaue Untersuchung und psychische Behandlung gelingt es dem Arzt, diesen Personen die Krankheitsfurcht auszureden, aber gewöhnlich nur mit dem Erfolge, daß bald eine andere Krankheit an die Reihe kommt.

— * Die Kurzschristfrage wird durch Leistungen entschieden. Der Stenographenverband und Stolz-Schrey rüft zu einem großen stenographischen Wettstreiten für Handel und Industrie, das am 3. Mai in allen Teilen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz stattfindet. Er wird hierzu ermutigt durch die Tatsache, daß überall in Handel und Industrie Stolz-Schrey sich als Einheitsystem eingebürgert hat. 1000 Preise werden für die besten Leistungen zur Verteilung kommen. Durch dieses Wettstreiten will der Verband der Öffentlichkeit und den Regierungen vor Augen führen, welchen Verlust am Volkswert es bedeutet und wie unangebracht es sein würde, wollte man von den Stenotypistinnen verlangen, sie sollten durch ihre Fertigkeit einen Strich machen und ein schwierigeres System erlernen. Auch diejenigen Firmen, bei denen Stolz-Schrey verwendet wird, werden schwerlich solche Störungen ihres Geschäftsbetriebes in Kauf nehmen. Im übrigen sind die Bestimmungen für die Verwendung der Einheitsstenographie bei den Behörden ja schon dahin abgeschwächt worden, daß das sogenannte Einheitsystem nur beim langsamen Schreiben Verwendung finden soll. Dazu braucht man aber keine Kurzschrist.

— * Der Kriegerverein ehem. 39er für Hagen und Umgegend, der die Kameraden des ehemaligen aktiven Niederrh. Füß.-Regts. Nr. 39 General Ludendorff sowie des Reg.- und Landw.-Regts. Nr. 39 umfaßt, bezieht am 9. und 10. Mai ds. Js. das Fest der Fahnenweihe. Hiermit ist eine Delegiertentagung und eine Wiedersehensfeier aller 39er verbunden. Das Programm lautet: Samstag, den 9. Mai 1925, nachm. 3.30 Uhr: Abgeordnetentag im Parkhaus (Stadtpark); abends 7 Uhr: Abmarsch vom Parkhaus zum Zapfenstreich; 8.30 Uhr: Kommerz in der Friedrichsluft. Sonntag, den 10. Mai 1925, vorm. 10.30 Uhr: Feldgottesdienst am Heldenfriedhof; vorm. 11.30—12.30 Uhr: Militärkonzert im Parkhaus; nachm. 2 Uhr: Paradeausstellung auf der Springe; nachm. 2.30 Uhr: Fahnenweihe, anschließend Festzug durch die Stadt; nachm. 4.30 Uhr: Jubelfeier in der Friedrichsluft mit anschließendem Ball. Montag, den 11. Mai 1925, nachm. 1 Uhr: Antreten der Kameraden zur gemeinsamen Wanderung. Treffpunkt: Vereinsheim Piepenstock, Heidenstraße. Die Musik wird ausgeführt vom Musikkorps des Reichswehr-Inf.-Regts. Nr. 18, Paderborn. Die Feier verspricht den besten Erfolg; zahlreiche Vereine und Vereinigungen ehem. 39er Füßkeller von nah und fern werden am 9. und 10. Mai ds. Js. in die Feststadt Hagen i. W. einrücken, auch haben viele Offiziere, die die Nr. 39 getragen haben, ihr Erscheinen zugesagt. Teilnehmen wird auch die Traditionskompanie 6/18, Münster i. Westf. An alle ehem. 39er ergeht erneut die Einladung, an der Feier teilzunehmen. Anmeldungen sind zu richten an den 1. Vorsitzenden, Kameraden Karl Kriener, Hagen i. W., Körnerstraße 93, der auch jede gewünschte Auskunft erteilt.

— * Bei den westfälischen Sparkassen hat sich die ständige erhebliche Zunahme der Einlagen im Monat März fortgesetzt. Wie im Vormonat ist wiederum

Sherabgekliegen.

Roman von E. Sierra.

(Nachdruck verboten.)

Er sah noch einmal auf die Posttaschen. „Gott sei Dank, daß die Postkisten nichts haben von sich hören lassen.“ Denn den Aerger, den diese Briefe jedesmal ins Haus brachten, hatte er schließlich auszuhalten. Da schwebte was in der Luft... In der letzten Woche war kein Tag vergangen, daß der Herr Oberstleutnant seine erste Frage beim Nachhausekommen nicht gewesen wäre: Kein Brief aus Puppillen da?

Was da wohl wieder los war? Was gutes sicher nicht. Gewiß hatte der Fritz Ferdinand, der lockere Dragonerleutnant, wieder Schulden gemacht.

Er schüttelte den Kopf, wenn er an das schöne Gut Puppillen dachte, auf dem die Hofsteinbrunn nun bald zweihundert Jahre saßen und daß der jetzige Besitzer, der jüngste Bruder seines Herrn, so gar nicht zu bewirtschaften verstand. Und es war doch so ein netter, vernünftiger Herr. Und so leutselig! Hatte er nicht noch neulich, als er mit dem Herrn Oberstleutnant zur Jagd draußen war, ihm freundlich auf die Schulter geklopft und leutselig gesagt: „Fritz sei froh, daß Du nicht so eine alte Familienfutsch auf dem Hals hast. Die Zeiten für'n Landwirt sind schlecht!“

Und man war doch nicht so dumm. Man wußte doch auch in der Politik Bescheid. —

Porch? —

Nach warf er den Brief auf die Schreibplatte und war wie der Blitz zur Tür hinaus und die große Steintreppe hinunter.

Er schmunzelte, als er, nach einem Blick in den Hof, die Stalltür noch fest verschlossen sah. Es war sein Ehrgeiz, als erster zur Stelle zu sein, wenn der Herr Oberstleutnant vom Dienst nach Hause kam. Karl, die alte Schlafmütze, hörte natürlich wieder nicht das Klipp-Klapp, das die Hufe auf dem Steinpflaster erzeugten.

„Guten Morgen, Fritz.“

„Guten Morgen — jeen, Herr Oberstleutnant.“

„Na, alles in Ordnung?“

„Ja wohl, Herr Oberstleutnant. Der Herr Doktor war da und hat das Aufstehen erlaubt. Der Herr Leutnant lie-

gen auf dem Divan in seiner Wohnstube, ganz wohl auf.“

„So? Das freut mich, freut mich ungemein! Da wird bis zum Wandover alles wieder gut sein. Uebrigens — die Ariadne von Herrn Bracht hat sich den Fuß vertreten.“

„Weiß ich schon, Herr Oberstleutnant.“ Fritz' Ohren wackelten vergnüglich.

„Na natürlich! Was wüßtest Du nicht? Ist kein Brief aus Puppillen da?“

„Nein, Herr Oberstleutnant.“

Schon wieder diese Frage! Und dazu dies sorgenvolle Gesicht! Fritz ließ den aufsteigenden Unmut an dem jetzt herbeistürzenden Burtschen aus. Er warf ihm den Zügel des Pferdes entgegen: „Alter Faulpelz! Deinetwegen könnte der Herr Oberstleutnant hier wohl stundenlang warten!“

„Ruhe, Ruhe, Monsieur Fritz. Das Schellen überlaß bitte mir. Allons — ich habe einen Mordshunger.“ Halt! — Du kannst den runden Tisch in Herrn Leutnants Stube decken. Wir wollen ihm heut Mittag mal Gesellschaft leisten. Der arme Kerl hat lange genug allein getafelt.“

Fritz flog die Treppe hinauf. Er alarmierte das Stubenmädchen, damit sie ihm beim Umdecken behilflich sei. Der Herr Oberstleutnant durfte nicht warten. Nicht eine Minute. Seine Ohren wackelten bedenklich, als er dem jungen Herrn Baron von dieser Programmänderung Kenntnis gab und Teller und Gläser tanzten unter seinen Händen.

Aber seine Freude schwand, als er bei seiner Meldung: „Herr Oberstleutnant, es ist serviert!“ seinem Herrn ins Gesicht sah und ein abweisendes: „Ja, ja, ich komme gleich,“ zu hören bekam.

Diesem „gleich“ widersprach die verrinnende Zeit. Minute um Minute verging. Immer wieder schlich sich Fritz auf den Zehenspitzen an die Tür und horchte auf die Stille darin, die ihm Schrecken verursachte.

Aber noch mehr erschreckte er, als er nach einer guten Viertelstunde die Tür öffnete.

Mein Gott! Genau so hatte er ausgesehen, als die gnädige Frau Baronin vor vier Jahren gestorben war.

Fritz verwandte kein Auge von seinem Herrn. Hörte denn keiner den fremden Klang der Stimme, als er mit einem: „Guten Morgen, meine lieben Kinder!“ das Zimmer betrat? Sah keiner die mittelblonden Blide, mit denen er die beiden blonden Köpfe wieder und wieder streifte? Bemerkte

niemand die halbe Abwesenheit, mit der er sich am Gespräch beteiligte?

Nachdem das Dessert gereicht war und Fritz die Zigaretten präsentiert hatte, löste der Oberstleutnant den Anbel seiner Artia, als enge ihm dieser die Brust ein. Dabei glitt ein Brief heraus, den Fritz, der mit schnellem Blick und schneller Hand zur Stelle war, als denjenigen des Reichsanwalts erkannte.

Seht, fiel auch Wilma die hastig versörte Art auf, mit der der Vater das Schreiben an der alten Stelle zu verbergen trachtete. Zärtlich schmeigte sie ihre Hand in die seine und fragte teilnehmend: „Mein Väterchen hat doch hoffentlich keine unangenehmen Nachrichten erhalten?“

Der Oberstleutnant antwortete nicht. In traurigem Schweigen sah er auf den Teller. Dann reichte er seine trübselige Gestalt in die Höhe, streckte je eine Hand nach den neben ihm sitzenden Kindern aus und sagte: „Meine geliebten Kinder — was immer uns auch treffen möge — wenn wir drei nur beieinander bleiben — das ist die Hauptsache — nicht wahr? — Ich muß Euch leider mitteilen...“ Er stockte und sah sich mit einem hilflosen Blick im Zimmer um — ein paar mal schluckte er trampfhaft, fuhr sich mit der Hand übers Gesicht, sprang dann hastig auf und ging ohne ein weiteres Wort aus der Tür.

Gleich darauf schrillte in seinem Zimmer die Klingel. Und der herbeilebende Fritz kaunte offenen Mundes, als er den Befehl hörte:

„Schnapp sofort satteln. Ich will ausreiten!“

„Herrn Leutnants Schnapp —?“

„Ja.“

„Er hat lange gestanden, Herr Oberstleutnant.“

„Du — was ich Dir sage.“

Aber Fritz, auf zehnjährige Dienste pochend, wagte noch einen Einwand: „Der Arzt hat dem Herrn Baron das Reiten gleich nach Tisch verboten.“

Der Oberstleutnant hob nur die Augen von dem Papier, in dem er anscheinend las, und schon hatte Fritz die Tür in der Hand. In dieser fluchtartigen Stellung stammelte er bittend:

„Vielleicht nehmen der Oberstleutnant noch eine Tasse Kaffee?“

(Fortsetzung folgt.)

Spiel und Sport.

Sp. Ein Rennauto mit 200 englischen Meilen Stunden- geschwindigkeit. Malcolm Campbell, der bekannte eng- lische Rennfahrer, baut im geheimen einen Rennwagen, mit dem er den gegenwärtigen Weltrekord zu schlagen ge- denkt. Campbell beabsichtigt, in seinen Wagen einen Napier-Dion-Flugzeugmotor einzubauen, der nicht we- niger als 600 Pferdekraften entwickeln wird, während er nur 800 Pfund wiegen soll. Der Rennfahrer ist davon überzeugt, daß er mit diesem Wagen eine Stunden- geschwindigkeit von 200 englischen Meilen erreichen wird. Falls Campbell wirklich diese Geschwindigkeit erzielen sollte, wird er mit seinem Auto schneller als das schnellste englische Flugzeug fahren.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Tariffbewegung im Bankgewerbe.) Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, haben die Fach- organisationen ihre Zustimmung zu dem am 8. April gefällten Schiedsspruch, der u. a. eine Verlängerung des Manteltarifs bis zum Jahresende und eine Gehaltsregulierung bis zum 31. August vorzieht, von bestimmten Verbesserungen abhängig gemacht und Nachverhandlungen beantragt. Der Reichsverband der Bankleitungen hat den Schiedsspruch angenommen.

Braunschweig. (Gesamtaussperrung im Braun- schweiger Baugewerbe.) Die dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossenen Firmen haben die Gesam- taussperrung der Arbeiter beschlossen. Diese Maßnahme gilt als Antwort auf den Lohnstreik der Zimmerer bei einer Braun- schweiger Firma. Auch in anderen Teilen des Landes Braunschweig sind wilde Streiks ausgebrochen, so daß der Arbeitgeberverband erwägt, die Aussperrung auf das ganze Land auszuweiten. Nach dem staatlichen Schiedsspruch erhalten die Facharbeiter im Baugewerbe einen Stundenlohn von 86 Pfg. Diese Abmachung ist bis zum 29. April gültig.

Essen. (Die bedrohliche Lage im Ruhrberg- bau.) Infolge der Absatzkrise im Ruhrbergbau, die von Tag zu Tag bedrohlichere Formen annimmt, wurden weitere Ent- lassungen von Arbeitern auf den Zechen angekündigt. Auf Zeche „Bonifatius“ wurde kürzlich 200 Mann gekündigt; auf Zeche „Pluto“ soll demnächst auch über 1000 Mann gekündigt werden. Auch von den beiden Zechen „Eintracht“ sowie von Zeche „Fröhliche Morgenröte“ werden bevorstehende Ent- lassungen gemeldet. Im März wurden fast 650 000 Pfg. Schichten gegenüber 182 500 im Januar eingelegt.

London. (Zunahme der Arbeitslosigkeit in England.) Wie das Arbeitsministerium mitteilt, hat die Zahl der Arbeitslosen in der letzten Woche um 38 447 zuge- nommen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in England beträgt damit 1 204 800.

Kopenhagen. (150 000 Arbeiter ausgesperrt.) In Dänemark ist die Aussperrung in Kraft getreten. Von ihr werden im ganzen 150 000 Arbeiter betroffen. Die dänische Presse sieht eine schwache Möglichkeit einer baldigen Lösung in direkten Verhandlungen innerhalb der Eisenindustrie, wo sich der Knotenpunkt des Arbeitskampfes befindet. Bemerkens- wert ist die Äußerung des dänischen Oberstaatsanwalts Goll, der in dem Konflikt den Versuch sieht, die Diktatur der Arbeiter im dänischen Wirtschaftsleben auszurichten. Der Führer der Streikbewegung, Lynsø, sei das Barometer für den Massen- druck, der obiges Ziel anstrebe. Der Rückgang der dänischen Valuta wird allgemein auf den Arbeitskonflikt zurückgeführt.

Warschau. (Nachlassen des Landarbeiter- streiks in Polen.) Die „Agencia Wschodnia“ meldet, daß die Streikbewegung in der Landwirtschaft in ganz Polen nach- gelassen hat. In Pommerellen streikten weniger als 1000 Ar- beiter und in den Woiwodschaften Bialystok und Lublin ist in der Mehrzahl der Vorwerke die Arbeit aufgenommen worden. In der Woiwodschaft Lodz kann man gesteigerte Agi- tation beobachten. Die Gesamtzahl der Streikenden ist so gering, daß sie auf die Feldarbeiten nicht von Wirkung sein wird.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Das Urteil im Kroner-Prozess aufgehoben. Die 1. Straf- kammer des Landgerichts I hat nach dreistündiger Verhandlung der Berufung im Kroner-Prozess das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung zurück- verwiesen, weil der gegen den erstinstanzlichen Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Hübner, vorgebrachte Ablehnungsantrag wegen Befangenheit von der Strafkammer damals zu Unrecht verworfen worden ist. Wie innerlich, war Kroner wegen seiner scharfen Kritik des im Ebert-Prozess gefällten Urteils zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt worden.

§ 2 Jahre Gefängnis für einen betrunkenen Chauffeur. Der Autodrochsentreiber Erich Reihug in Berlin hatte am 2. Januar den Gemüsehändler Conrad mit seinem Kraft- wagen angefahren und dann überfahren. Conrad war in das Krankenhaus gebracht worden und dort am nächsten Tage ver- storben. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte, der Nachdienst gehabt hatte, angetrunken gewesen ist, so daß er nicht mehr die volle Herrschaft über sein Auto gehabt hat. Er- schwerend war noch für den Angeklagten, daß er, nachdem er das Unglück angerichtet hatte, in rascher Fahrt das Weite ge- sucht hat. Das Schöffengericht Berlin verurteilte Reihug zu zwei Jahren Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an.

§ Wegen schwarz-weiß-roter Flaggen angeklagt. Das Amts- gericht in Böttingen hat eine grundsätzliche Entscheidung ge- fällt. Kommerzienrat Böschling und ein Kaufmann Kleber hatten sich wegen Flaggens in den Farben Schwarz-Weiß-Rot zu verantworten. Die Regierungskommis- sion hat nicht nur das Aufziehen, sondern auch den Besitz von Flaggen in diesen Farben durch eine Polizeiverordnung vom Juni 1924 verboten. Die Angeklagten erhoben gegen diese Verordnung den Einwand, daß nach § 23 des Saargebietes im Saargebiet die Gesetze und Verordnungen in Kraft bleiben, die am 11. November 1918 bestanden, und daß Anbe- rufen dieser Gesetze erst nach Bestätigung des Landesrates er- folgen dürften. Diese Befragung sei aber nicht erfolgt. Auch habe die Regierungskommission die alte Reichsverfassung, in der Schwarz-Weiß-Rot als gesetzliche Landesfarben festgelegt sind, bisher nicht aufgehoben, so daß sie im Saargebiet formell noch in Gültigkeit sei. Deshalb sei die betreffende Polizei- verordnung hinfällig. Die Angeklagten wurden daraufhin freigesprochen.

§ Ein Verleumdungsprozeß Stefemanns. Der Redakteur Grimborn von der sozialistischen Rheinischen Zeitung hatte sich wegen Verleumdung des Außenministers Dr. Stefemann zu verantworten. Dieser fühlte sich durch mehrere Artikel in der Rheinischen Zeitung beleidigt und hatte Klage wegen formaler Verleumdung und Behauptung nicht erweisbarer Tatsachen er- hoben. Von den beiden Verteidigern wurden umfangreiche Beweisunterlagen eingebracht, die aber vom Gericht abgelehnt wurden, weil nur formale Verleumdung angenommen wurde. Der Staatsanwalt selbst ließ die Anklage wegen übler Nachrede fallen und beschränkte die Anklage auf formale Verleumdung. Das Urteil lautete auf 200 Mark Geldstrafe.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 22. April.

* Börsenbericht. Die Börsenstimmung unterlag mehrfachen Schwankungen, abschwächend wirkten namentlich zahlreiche Insolvenzgerichte in verschiedenen Industriezweigen. Im Börsenverlauf konnte sich jedoch eine leichte Besserung durch- setzen, so daß alles in allem die Kurse gut behauptet blieben. Aus der Provinz lagen mehr Aufträge vor als an den Vor- tagen, die Spekulation schritt vielfach zu Bedeckungskäufen. Der Markt der inländischen Anleihen war uneinheitlich, jedoch im wesentlichen ebenfalls gut behauptet. Am Geldmarkt war täg- liches Geld zu 7 bis 9 %, monatliches Geld zu 9 bis 11 % er- hältlich.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,13—20,18; holl. Gulden 167,82—168,24; Danz. 79,85 bis 80,05; franz. Franc 21,92—21,98; belg. 21,19—21,25; schwed. 81,20—81,40; Italien 17,24—17,28; schwed. Krone 113,06—113,34; dän. 77,55—77,75; norweg. 68,51 bis 68,69; tschech. 12,43—12,47.

* Buttermotierungen. 1. Qualität 1,60 M., 2. Qualität 1,50 M., abfallende Butter 1,30 M.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 2266, darunter Bullen 651, Ochsen 595, Kühe und Färjen 1020, Kälber 3862, Schafe 4846, Schweine 11 473, Ziegen 22, Schweine aus dem Ausland 243. Preise: Ochsen a) 52—55, b) 45—49, c) 41 bis 44, d) 35—38; Bullen a) 50—51, b) 44—47, c) 39—42; Kühe und Färjen a) 50—54, b) 43—47, c) 34—38, d) 26—30, e) 20—22; Fresser 35—40; Kälber a) —, b) 85—95, c) 65—80, d) 45 bis 60, e) 35—42; Stallmastschafe a) 48—54, b) 38—45, c) 25—33; Schweine a) —, b) 63—64, c) 61—63, d) 58—61, e) 56—58, f) bis 56; Säue 56—60; Ziegen 15—20. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

* Marktbericht vom Wagnerviehmarkt in Friedrichsfelde. Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: Schweine 225 Stück, Ferkel 449 Stück. Marktverlauf: Etwas lebhafter bei festen Preisen. Es wurden gezahlt im Engros- und Einzelhandel für: Ferkel 7 bis 8 Monate alt, 75—85 M., 5 bis 6 Monate alt 60—75 M., Ferkel, 3 bis 4 Monate alt, 40—55 M., Ferkel, 9 bis 13 Wochen alt, 25—36 M., 6 bis 8 Wochen alt 20—25 M.

* Produktbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilo- gramm, sonst per 100 Kilogramm.

	22. 4.	21. 4.		22. 4.	21. 4.
Weiz., märk.	245-247	245-247	Weizfl. f. Brl.	14,6-14,8	14,4-14,5
pommerscher	—	—	Roßfl. f. Brl.	15,5	15,3-15,4
Wag., märk.	224-226	222-224	Raps	395-400	—
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Witbol. Erb.	22-28	22-28
Fruttergerste	185-205	185-205	fl. Speiseerbs.	20-22	20-22
Frangerste	210-230	210-230	Fruttererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	196-205	195-204	Witbolchen	19-21	19-21
pommerscher	—	—	Witbolchen	19-20	19-20
westpreuß.	—	—	Widen	19-21	19-21
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	10,0-12	10-12
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	12,0-14,5	12-14,5
Ein. fr. inf.	—	—	Seraballa	14,7-16	14,7-16
Sad (feinst.)	—	—	Rapsöluchen	15,0-15,4	15,4-15,7
Mrl. u. Not.	31,7-34,2	32-34,2	Leintuchen	22,2-22,6	22,4-22,7
Waggenmehl	—	—	Erbsenmehl	10,3-10,4	10,3-10,4
p. 100 Kil. fr.	—	—	ov. Juchschl.	17,7-18,5	17,7-18,5
Berlin br.	—	—	Forjml. 30/70	9,3-9,4	9,3
inf. Sad	29,5-32	29,7-32	Kartoffel.	19,5-19,7	19,4-19,7

Schriftleitung Wllh. Bell jr., Halver i. Westf.

Amte Kierspe.

Die Wahl des Reichspräsidenten

findet am Sonntag, den 26. April d. J. von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt.

Die Wahl erfolgt in nachstehenden Abstimmungsräumen:

Nr.	Der Stimmbezirks- Bezeichnung	Wahlraum
1	Schulbezirk Kierspe	Gasthof Berliner-Hof Kierspe
2	" Kierspe-Whf.	" Cramer Kierspe-Whf.
3	" Bornberg	Gastwirtschaft Grünenbaum
4	" Becken-Vollwerk	"
5	" einschl. Feld, Bornholt, Lohfeld u. Lammende	" Crummenert-Vollwerk
6	" Schmidthausen	"
7	" einschl. Feld, Bornholt, Lohfeld u. Lammende	" Funke-Schmidthausen
8	" Hedinghausen	" Dunkel-Dürenenhaus
9	Gemeinde Rönshahl	" Sure-Rönshahl

Das Wahlverfahren entspricht dem beim 1. Wahlgang. Die amtlichen Stimmzettel sind von grüner Farbe. Die für den ersten Wahlgang ernannten Wahlvorsteher und Stellvertreter gelten auch für den zweiten.

Kierspe, den 22. April 1925.

Der Amtmann: Hiltbrandt.

Sigung d. größeren Kirchenvertretung

Sonnabend, 25. April, nachm. 4 Uhr.

Die Sitzung ist beschlußfähig. Wahl zur Synode u. a. Halver, den 23. 4. 1925.

Dr. Große-Dresselhaus.

Amte Lüdenscheld.

Die Wahl des Reichspräsidenten findet am Sonntag, den 26. April 1925 statt. Die Wahl beginnt an diesem Tage um 9 Uhr vorm. und wird um 6 Uhr nachm. geschlossen. In der Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, der Bestim- mung der Abstimmungsräume, in der Person der Abstimmungsvorsteher sowie deren Stellvertreter und in dem Ort der Abstimmungshandlung ist keine Aenderung eingetreten. Gewählt wird mit amtlich hergestellten Stimmzetteln und amtlich ge- stempelten Umschlägen. Stimmzettel und Um- schläge werden von dem Abstimmungsvorstand im Abstimmungsort ausgegeben.

Im übrigen geht die Wahl wie am 29. 3. 1925 vor sich.

Lüdenscheld, den 23. 4. 1925.

Der Amtmann.

Milchverfandscheine

— mit und ohne Namensdruck —
— liefert schnell und billigst —

die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wegen Aufgabe des

Lagers geben wir

Schrot- und Back-

mehlmühlen

mit 30 u. 40 cm Stein

so wie einige Sichter zu

konkurrenzlosen Preisen

ab.

Günstigste Zahlungsbe-

dingungen nach Verein-

barung

Otto Haase & Co.,

Kierspe i. W.,

Tel 181 Meinerzhagen

Erhalte Samstag, den

25. d. M. eine große

Sendung erstklassige

Odenb.

Schweine

und Liefere dieselben von

25. An.

Wllh. Jagbender,

Meinerzhagen.

Telefon 85.

Bistitenkarten liefert

schnellstens

Druckerei Wllh. Bell jr.

Achtung! Reichspräsidentenwahl!

Freitag, den 24. ds. Mts.

abds. punkt 7¹/₂ Uhr

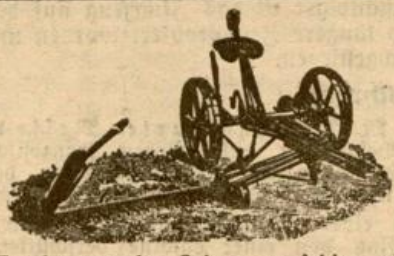
Oeffentl. Versammlung

im „Haus zur Fuhr“.

Vortragsredner: Dr. Everling, Berlin

Alle auf vaterländischem Boden stehende
werden dazu dringend eingeladen.

Der Reichsblock-Ausschuß
Halver.



Landwirte!

Landwirte!

Zur kommenden Saison empfehlen wir

Erntemaschinen

wie Grasmäher (Orig. Massey-Harris, Krupp-
Fahr, Lanz-Wery, Deutsche Werke etc.) Heu-
wender schwere Ausführung, Pferde-
rechen mit T-Zinken, Vollautomat, sowie
sämtliche übrigen Landmaschinen,
Geräte und Ersatzteile.

Durch Waggonbezüge wirklich erstklassiger Ma-
schinen sind wir in der Lage, günstigste Teilzah-
lungen evtl. bis zum Herbst gewähren zu können.
Erntemaschinen werden auf Wunsch vorgeführt.

Otto Haase & Co.,
Kierspe i. Westf.

Telefon Amt Meinerzhagen 181;

Wir laden unsere Mitglieder zu einer
wichtigen

Landbund=

Versammlung

am Sonnabend, d. 25. 4. 25.

abends 8 Uhr

in Halver, „Gasthof Preußenhof“

ein. Angesichts der Wichtigkeit bitten
wir um dringendes Erscheinen.

Kreislandbund Altena.

Inferieren bringt Gewinn!

Bäuerl. Bezugs- u. Abfah-
Genossenschaft Halver.

Thomasmehl

ist bei sofortiger Be-
stellung und Abnahme im
Mai je Ztr. ca 30 Pfg.
billiger als im Juli.
Bestellungen zu diesem
ermäßigtem Preise werden
bis spätestens 28. d. M.
entgegengenommen.

Auf Lager vorrätig:
Schwefels. Ammoniak,
Thomasmehl, Kainit,
Knochenmehl,
Klee- u. Grassämereien

Einen

Lehrling

für das Kontor

sucht

Walz- u. Drahtwerk
Halver.

Arbeiterinnen

für leichte Pressenarbeit
per sofort oder später
gesucht.

Weiter können noch einige

Blagarbeiter

eingestellt werden.

Wllh. Lüsebrink,
Halver.

Suche für sofort einen

tätigen

Breitemeister

für Maurerkellen u.
Rübenhacken bei dau-
ernder Beschäftigung.

Wllh. Schrieber,
Hammerwerke

Schleife b. Grünenbaum.

Erhalten bestimmt in
den nächsten Tagen eine

Ladung

Industrie-
Saatkartoffeln

und

blaue Odenwälder.

Bürger & Lausberg,

Halver, Tel Nr. 326